



Medienkonferenz vom 8. Oktober 2018, Bern
Beitrag von Nico Lutz, Sektorleiter Bau der Gewerkschaft Unia

Angriff auf Gesundheit und Löhne: Die Geduld der Bauarbeiter ist zu Ende!

Für die Bauarbeiter geht es dieses Jahr um sehr viel: Ende Jahr läuft der Landesmantelvertrag (LMV) für das Bauhauptgewerbe – der Branchen-Gesamtarbeitsvertrag – aus. Dieser regelt die Arbeitsbedingungen von über 80'000 Bauarbeitern. Der Baubranche geht es derzeit ausgezeichnet. Die Erträge der Firmen sind in den letzten Jahren gestiegen, es stehen so viele Kräne wie nie zu vor, die Bauarbeiter machen eine riesige Arbeit. In der Schweiz wurde in den letzten 10 Jahren mit weniger festangestellten Bauarbeitern über 20 Prozent mehr Umsatz erzielt. Das heisst auch: Der Druck auf den Baustellen in der Schweiz ist brutal gestiegen: Nach wie vor verunfallt jeder fünfte Bauarbeiter pro Jahr. In den letzten fünf Jahren liessen über 100 Bauarbeiter ihr Leben auf den Baustellen der Schweiz. Auch darum verlangen die Bauarbeiter einen Gesamtarbeitsvertrag mit mehr Schutz.

Vertragsbruch des Baumeisterverbandes

Es gibt noch einen zweiten Gesamtarbeitsvertrag für die Bauarbeiter: den GAV FAR (flexibler Altersrücktritt), also die Rente mit 60 für die Bauarbeiter. Dieser GAV ist auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Hier geht das darum, dass wir vorübergehend die Finanzierung verstärken müssen. Bis 2024 steigt die Zahl der Rentner an: Erstens weil die Babyboomer der 60er Jahre in Rente kommen; zweitens weil in der Hochkonjunktur der 80er Jahre viele Bauarbeiter eingestellt wurden. Nach 2024 wird die Zahl der Rentner wieder sinken und FAR braucht weniger Geld. Wir wissen seit mehr als einem Jahr – seit August 2017, als das versicherungstechnische Gutachten vorlag – dass es bei FAR vorübergehend zusätzliche Massnahmen braucht. Die Gewerkschaften haben darum im Herbst 2017 gefordert, Verhandlungen aufzunehmen, um das Problem zu lösen. Der GAV FAR schreibt in einer solchen Situation eine Verhandlungspflicht vor. Der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) hat sich bis im August 2018 jedoch geweigert, dieser Verhandlungspflicht nachzukommen und hat so den geltenden GAV verletzt.

Statt zu verhandeln, haben die Baumeister versucht, die Rente mit 60 abzuschaffen. Sie forderten Rentenalter 61,5 oder 62. Oder eine Kürzung der Renten um 30 Prozent. Die durchschnittliche FAR-Rente beträgt heute 4400 Franken. Eine Kürzung der Rente um 30 Prozent wäre auch einer Abschaffung der Rente mit 60 gleichgekommen, da sich kaum mehr jemand eine Frühpensionierung hätte leisten können. Das Kalkül des SBV war – das ganz und gar nicht aufgegangen ist – die Stiftungsaufsicht Zürich das Problem lösen zu lassen.

Bewegung nach der Grossdemonstration der Bauarbeiter.

Am 23. Juni 2018 gingen 18'000 Bauarbeiter in Zürich auf die Strasse – das ist fast jeder vierte Bauarbeiter in der Schweiz. Eine zentrale Forderung war: Hände weg von der Rente mit 60! Das hat auch der Baumeisterverband zur Kenntnis genommen. Im August 2018 haben die Baumeister ihre Verweigerungshaltung aufgegeben. Wir haben im letzten Monat eine tragfähige Lösung verhandelt: Die Beiträge werden vorübergehend erhöht, das Rentenalter und die Rentenhöhe bleiben, es gibt eine Reduktion der Leistungen bei der Altersgutschrift, die FAR zusätzlich zur Rente bezahlt. Die

Bauarbeiter sind so bereit, die Kosten für die Sanierung weitgehend zu übernehmen, wenn im Gegenzug die Baumeisterverband eine anständige Lohnerhöhung bezahlt: 150 Franken für 2019 oder je 100 Franken 2019 und 2020. Das zeigt: Lösungen sind möglich. Das ist leider aber nur ein Teil der Wahrheit.

Erpressung des Baumeisterverbandes

Der Baumeisterverband will der Sicherung der Rente mit 60 und der Lohnerhöhung nur zustimmen, wenn die Gewerkschaften gleichzeitig einen Kahlschlag beim Landesmantelvertrag akzeptieren. Die Baumeister versuchen, die Bauarbeiter zu erpressen. Was sie verlangen, ist aber völlig inakzeptabel: ein System von Arbeit auf Abruf, das die Gesundheit der Bauarbeiter brutal angreifen würde. Freie Bahn für Lohndumping sowie die Abschaffung der Schutzbestimmungen bei Schlechtwetter.

Die Bauarbeiter haben die Nase voll. Zuerst haben die Baumeister mit einer Verhandlungsverweigerung neun Monate lang die Sicherung der Rente mit 60 verhindert. Und jetzt versuchen sie, die Bauarbeiter zu erpressen. Kein Wunder platzt ihnen der Kragen und sie organisieren Protesttage.

Arbeitszeit: Massaker an der Gesundheit der Bauarbeiter

Wir haben heute im Bauhauptgewerbe im Vergleich zu anderen Branchen eine der flexibelsten Arbeitszeitregelungen. Im Winter arbeiten die Bauarbeiter normalerweise 7,5 Stunden pro Tag, im Sommer 9 Stunden. Darüber hinaus können sie heute 20 Überstunden pro Monat – das macht also eine Stunde pro Tag – und 100 Stunden insgesamt auf ein Arbeitszeitkonto übertragen. Zudem zählt die Wegzeit zur Baustelle nicht zu Arbeitszeit. Wenn man das alles zusammenrechnet, dann sind heut im Sommer schon Arbeitstage von 12 Stunden möglich. Das ist mörderisch. Bei grösster Hitze 12 Stunden auf der Baustelle oder unterwegs zur Baustelle zu sein – das ist gesundheitsgefährdend. Heute ist das eher die Ausnahme. Jetzt wollen die Baumeister aber nicht 100 flexible Stunden, sondern 300 und auch kein Mindestarbeitszeit mehr pro Woche. Konkret bedeutet das ein System von Arbeit auf Abruf. Januar und Februar könnten die Baumeister die Bauarbeiter dauernd zu Hause lassen. Dafür müssten sie dann von März bis Dezember jeden Tag – als Normalfall – 12 Stunden unterwegs sein. Das ist unmenschlich und unmöglich. Das wäre ein Massaker an der Gesundheit der Bauarbeiter. Das wären 300 Gratisarbeitsstunden, ohne Zuschlag und ohne Auszahlung. Die Bauarbeiter sagen zu recht: Das kommt nicht in Frage. Die Gesundheit der Bauarbeiter steht nicht zum Verkauf.

Lohndumpingartikel: Abschaffung der Mindestlöhne für ausländische Firmen – eine Katastrophe für korrekte Schweizer Firmen

Der SBV stellt noch eine weitere völlig verantwortungslose Forderung: Für «Praktikanten», die weniger als vier Monate auf dem Bau arbeiten, sollen die Mindestlöhne nicht mehr gelten. Was bedeutet das konkret: Ausländische Baufirmen können höchstens 90 Tage in der Schweiz arbeiten. Sie könnten so alle ihre Mitarbeiter als «Praktikanten» in die Schweiz schicken, und für diese würden dann keine Mindestlöhne mehr gelten. Wenn für ausländische Firmen die Schweizer Mindestlöhne nicht mehr gelten, dann können sie Dumping-Preise bieten. Und keine Schweizer Firma, die sich korrekt an den Mindestlohn hält, ist mehr konkurrenzfähig. Daher: Was der Baumeisterverband fordert, wäre eine Katastrophe für alle korrekten Schweizer Firmen. Es wäre eine Autobahn für Lohndumping. Würde diese Forderung umgesetzt, dann wäre die Bauwirtschaft in der Schweiz kaputt. Es ist unverständlich und gleichzeitig auch bezeichnend, dass die Baumeister eine solche brutale Verschlechterung für alle Arbeitnehmer und alle Firmen vorschlagen.

Gewerkschaften wollen Lösungen

Die Gewerkschaften haben viele berechtigte Forderungen: eine Begrenzung der heute gesundheitsschädigenden Flexibilität und der überlangen Arbeitstage. Eine Begrenzung der höchst prekären Temporärarbeit. Ein Ausbau des Kündigungsschutzes für ältere Bauarbeiter, die heute zum Teil absolut respektlos nach jahrelanger harter Arbeit entlassen werden. Oder auch mehr Schutz bei Schlechtwetter. Die Gewerkschaften sind aber auch vernünftig. Entgegen den falschen Behauptungen des Baumeisterverbandes haben sie keine Maximalforderungen. Die Gewerkschaften wären auch bereit, den bestehenden Vertrag mehr oder weniger unverändert zu verlängern. Es ist der Baumeisterverband, der verantwortungslose und maximalistische Forderungen stellt.

Geduld der Bauarbeiter ist zu Ende

Nach fast einem Jahr Blockade der Verhandlungen und Erpressung haben die Bauarbeiter nun genug. Die Gewerkschaft Unia hat bereits im Juni 2018 eine Streikabstimmung bei über 20'000 Bauarbeitern durchgeführt und diese gefragt, ob sie bereit sind zu kämpfen und zu streiken, falls der Baumeisterverband weiterhin Lösungen verhindert. Die Antwort war klar: 93.1% der Bauarbeiter habe sich für Streiks ausgesprochen. Im Oktober werden die Protesttage der Bauarbeiter beginnen. Am 15. Oktober im Tessin, am 16. Oktober in Genf. In vielen weiteren Regionen werden bis Anfang November weitere Protesttage folgen.

Unser Ziel bleibt klar: Wir wollen eine Lösung für die Sicherung der Rente mit 60, eine anständige Lohnerhöhung und lehnen den geplanten Kahlschlag beim LMV ab. Wir sind bereit weiter zu verhandeln und wollen Lösungen.